



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Frankfurt am Main, 09. August 2010

## **Gemeinsame Erklärung zu der vom Bundesfinanzministerium geplanten Verteuerung der Energie für die Industrie in Deutschland durch Änderungen der Energie- und Stromsteuer**

Unterzeichner:

- Arbeitgeberverband Steine und Erden Hessen und Thüringen
- Arbeitsgemeinschaft Ernährungsindustrie Hessen
- Bauindustrieverband Hessen-Thüringen
- Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie - Landesbezirk Hessen-Thüringen
- Industriegewerkschaft Metall - Bezirk Frankfurt (für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen)
- Industrieverband Steine und Erden Neustadt/Weinstraße
- Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen
- Verband der Chemischen Industrie - Landesverband Hessen –
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
- Verband der Kali- und Salzindustrie
- Verband der Papier- und Pappenindustrie Hessen
- Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
- Verband Papier, Pappe u. Kunststoff verarbeitender Unternehmen Mitte
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
- Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie - Landesstelle Hessen

12 hessische Industrieverbände, die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) sowie die Bezirke der IG Metall und der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) in Hessen befürworten die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und unterstützen die Entwicklung und den Einsatz nachhaltiger, umwelt- und ressourcenschonender Technologien.

Solide öffentliche Finanzen sind unerlässlich für Stabilität und staatliche Handlungsfähigkeit in Deutschland und Europa. Sparmaßnahmen, welche die wirtschaftliche Erholung, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum gefährden, wirken aber gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv - auch hinsichtlich der Konsolidierung. Die geplanten Maßnahmen bei der Energie- und Stromsteuer würden genau diese negative Wirkung entfalten. Sie dürfen daher so auf keinen Fall umgesetzt werden!

Das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung sieht einschneidende Veränderungen bei Energie- und Stromsteuer vor, die eine massive weitere Verteuerung der Energie für das Produzierende Gewerbe zur Folge haben.

Diese Kostensteigerung würde der deutschen Industrie und besonders energieintensiven Unternehmen einen empfindlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren weltweiten Wettbewerbern zufügen, ohne auch nur annähernd in Relation dazu stehende Umwelteffekte auszulösen. Schon jetzt gehören die Energiekosten in Deutschland zu den höchsten in Europa und der Welt. Eine staatliche Verteuerung von Energie durch Steuern und andere Instrumente (Erneuerbare-Energien-Umlage, Emissionshandel) gibt es bei den internationalen Wettbewerbern nicht annähernd in dem Umfang, wie sie in Deutschland erfolgt. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Länder und Regionen, die weit entfernt sind von hiesigen Umweltstandards, kann das Erreichen angestrebter umweltpolitischer Ziele konterkarieren.

Die geplanten Steuererhöhungen stellen einen Bruch der geltenden Klimaschutzvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft dar, denn die darin zugesagten Treibhausgas-Emissionsminderungen wurden von der Wirtschaft bereits erreicht.

**Aus Sorge um Arbeitsplätze in Hessen** – insbesondere in den Branchen Chemie, Metalle, Steine und Erden, Bau, Glas, Papier, Kali- und Salzbergbau, Kautschuk, Ernährung - appellieren die IG Metall und die IG BCE in Hessen sowie die VhU und 12 hessische Wirtschaftsverbände an die Politik, eine weitere Verteuerung der Energie zu verhindern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Energie- und Stromsteuerpläne zu überarbeiten. Und die hessischen Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich entsprechend gegen Zusatzlasten der Industrie einzusetzen.

Die Wirtschaft insgesamt unterstützt dieses Anliegen, da sie in Sorge um den Erhalt der noch vollständigen Wertschöpfungsketten der heimischen Wirtschaft ist, die auf den energieintensiven Grundstoffindustrien aufbauen und eine große Stärke des Standorts Deutschland ausmachen. Zudem betreffen die geplanten Steuererhöhungen nicht nur einzelne Industriebranchen, sondern hemmen die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands insgesamt. Die Industrie hatte großen Anteil daran, dass die Wirtschaftskrise in Deutschland weit glimpflicher ablief als in den meisten OECD-Ländern. Sie ist nun wieder Wachstumsmotor. Das Wachstum muss nachhaltig und dauerhaft werden. Deindustrialisierung, wie sie in vielen westlichen Ländern seit einiger Zeit schleichend erfolgt ist, kann für Deutschland keine Option sein. Es muss gelten, den Industriestandort Deutschland zu stärken. Die Vorschläge zu einer nationalen Verteuerung der Energiekosten bewirken das Gegenteil.

Sofern die Bundesregierung Mitnahmeeffekte im Bereich der Steuerentlastung verhindern möchte (sogenanntes missbräuchliches Contracting), haben wir dafür Verständnis und tragen dies mit. Dies betrifft mit vom BMF geschätzten 182 Mio. Euro pro Jahr allerdings nur einen kleinen Teil der im Energiebereich angestrebten Steuermehreinnahmen von 1 Mrd. Euro (2011) bzw. 1,5 Mrd. Euro (ab 2012).

Die sonstigen geplanten Maßnahmen (Anhebung der ermäßigten Energie- und Stromsteuersätze für das Produzierende Gewerbe, Absenkung des

Spitzenausgleichs, Erhöhung des Selbstbehalts der Unternehmen bei Strom- und Energiesteuer auf 5.000 bzw. 4000 Euro) verschlechtern die Produktionsbedingungen in Deutschland und Hessen, vor allem für den Mittelstand und die energieintensive Industrie, und benachteiligen heimische Betriebe im internationalen Wettbewerb.